

Vortrag an den Ministerrat

Nationale Strategie gegen Antisemitismus

Die systematische Verfolgung, Vertreibung und Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden, die Arierisierung von jüdischem Eigentum, die Zerstörung jüdischer Einrichtungen während des Nationalsozialismus und die Shoah sind das dunkelste Kapitel der österreichischen Geschichte. Eine offene Auseinandersetzung über dieses unvergleichbare Verbrechen an der Menschheit fand in Österreich jedoch lange nicht statt, erst schrittweise kam es zu einem Prozess der Aufarbeitung, der 1998 in der Einsetzung der Historikerkommission der Republik Österreich mündete. Insbesondere in den Bereichen Bildung und Sicherheit wurde in den vergangenen Jahrzehnten bereits viel Präventions- und Aufklärungsarbeit geleistet. Doch nach wie vor sind jüdische Einrichtungen, Jüdinnen und Juden in Europa Anfeindungen und Übergriffen ausgesetzt.

Dem gilt es entschlossen entgegenzutreten. Zu diesem Zweck wurde während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2018 die Erklärung des Rates „zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Entwicklung eines gemeinsamen Sicherheitskonzepts für einen besseren Schutz jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen in Europa“ verabschiedet. In dieser Erklärung werden alle EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, eine „ganzheitliche Strategie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus als Teil ihrer Strategien zur Verhütung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus“ zu entwickeln und umzusetzen. Insbesondere sollen sie ihre Bemühungen um die Gewährleistung der Sicherheit für jüdische Gemeinden, Einrichtungen sowie Bürgerinnen und Bürger verstärken.

Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der ganzheitlichen Strategien zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus eingerichtet.

Auf Basis der oben angeführten Erklärung des Rates, der Diskussionen der Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission sowie in Umsetzung des Programms der Bundesregierung 2020-2024 „Aus Verantwortung für Österreich“ wurde die Erarbeitung der innerstaatlichen Strategie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus veranlasst. Diese ist unter der Federführung des Bundeskanzleramtes (BKA) und unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Inneres (BMI), des Bundesministeriums für Justiz (BMJ), des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA), des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) sowie des Bundesministeriums für Arbeit, Familie und Jugend (BMAFJ) und des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) entstanden. Neben den Beiträgen der Bundesministerien stellten auch Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher nicht staatlicher Organisationen, der Zivilgesellschaft sowie der Parteien ihre Expertise zur Verfügung. Besonders hervorzuheben ist die enge Zusammenarbeit mit der Israelitischen Religionsgesellschaft (IRG) in Österreich.

Österreich legt schon seit mehreren Jahren national wie international ein besonderes Augenmerk auf Projekte und Maßnahmen zur Antisemitismusprävention und achtet dabei besonders auf einen gesellschaftlichen Ansatz. Zudem ist Österreich schon seit 2001 aktives Mitglied der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), hatte im Gedenkjahr 2008 den Vorsitz inne und nahm die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus bereits im April 2017 an.

Im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen braucht es dennoch besondere Wachsamkeit: Das betrifft neben den verschiedenen Manifestationen von Antisemitismus auch Hass im Netz, vermehrt kursierende Verschwörungserzählungen sowie Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration. Die Achtung der Menschenrechte, die Gewährleistung von Freiheit und Sicherheit sowie die konsequente Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus sind unabdingbare Grundlagen für unsere Gesellschaft.

Die jüdischen Gemeinschaften und jüdisches Leben sind ein bedeutender Teil der österreichischen Gesellschaft und Geschichte. Durch die Nationale Strategie gegen Antisemitismus der österreichischen Bundesregierung sollen diese in ihrer Sicherheit gestärkt und gleichzeitig zukunftsorientierte Beiträge für eine umfassende Förderung jüdischen Lebens ermöglicht werden. Im BKA wird dazu eine Koordinationsstelle eingerichtet, die für die Umsetzung dieser Strategie verantwortlich ist.

Mit den aus der Strategie resultierenden Maßnahmen allfällig verbundene budgetäre Auswirkungen haben im geltenden BFRG bzw. in den geltenden Budgetansätzen der jeweiligen Ressorts ihre Bedeckung zu finden.

Ich stelle daher im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler, der Bundesministerin für Frauen und Integration, dem Bundesminister für Inneres, dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der Bundesministerin für Justiz, dem Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, dem Bundesminister für Arbeit, Familie und Jugend und der Bundesministerin für Landesverteidigung den

Antrag,

die Bundesregierung wolle die Nationale Strategie gegen Antisemitismus zustimmend zur Kenntnis nehmen und dem Nationalrat zuleiten.

22. Jänner 2021

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin